

Das Denken schafft keine Werte; es sagt nicht ein für allemal, was „das Gute“ sei; anerkannte Verhaltensregeln bestätigt es nicht, sondern es löst sie auf. Und es hat keine politische Bedeutung, außer in speziellen Situationen. Dass ich, solange ich lebe, mit mir selbst leben können muss, dieser Gedanke tritt politisch nicht in Erscheinung, außer in Grenzsituationen. (...) Der Wind des Denkens äußert sich nicht in Erkenntnis; er ist die Fähigkeit, recht und unrecht, schön und hässlich zu unterscheiden. Und diese kann – in den seltenen Augenblicken, da die Einsätze gemacht sind - in der Tat Katastrophen verhindern, mindestens für das Selbst.

Hannah Arendt

Nach den jüngsten Wahlen: Ökosoziale Transformationserfordernisse , Transformationsmentalitäten und Selbstblockaden

1. Einleitung

In den wenigen (arbeits)politischen Diskussionszusammenhängen, in denen ich mich noch bewege, ist eine gewisse Ratlosigkeit kaum mehr zu übersehen. Schon seit langem prägen in unseren ökosozialen Transformationsdebatten vor allem die ökologischen Krisendrohungen und die möglichen Antworten darauf das Bild. Im engeren Sinne arbeitspolitische Initiativen hingegen spielen darin kaum mehr eine Rolle – anders als noch vor ca. zwanzig Jahren und als vielleicht zu Zeiten der Corona-Pandemie immer noch von einigen erhofft. Unsere Gewerkschaften sind in der Defensive. Für neue arbeitspolitische Initiativen sind die Zeiten schlecht. Die Krise des liberalen Projekts einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie wird zugleich zunehmend manifest, Zusammen mit geopolitischen Konflikten bis hin zu offenen Kriegen werden sie als Signale einer Zeitenwende begriffen. Das war bei den ökologischen Krisendrohungen und der zunehmenden Zahl von ‚Jahrhundertunwettern‘ noch nicht der Fall. Wir sehen uns also multiplen Krisen und Krisendrohungen gegenüber. Zugleich aber wird der Mangel an überzeugenden politischen Angeboten offenkundig, die uns deren Bewältigung immerhin näher bringen könnten.

Angelehnt an ein Wort, das Herbert Marcuse zu Zeiten meines eigenen frühen Aufbruchs als ‚später 68er‘ geprägt hat , würde ich von einer erschreckenden Eindimensionalität der herrschenden öffentlichen Debatten/des in ihnen vorherrschenden Denkens sprechen: Die grundlegenden Muster des liberalen politischen Projekts unserer repräsentativen Demokratien werden weiter proklamiert und gegen zunehmend stärker werdende rechtspopulistische und –radikale Bewegungen zu verteidigen versucht. Dass wir uns am Ende einer langen Welle der Konjunktur in eine große Krise – mit Wirkungen in allen Dimensionen des gesellschaftlichen Zusammenlebens – hinein bewegen wird in den öffentlichen Debatten zumeist verkannt. Wer argumentiert da noch, jedenfalls ökonomisch, mit Marx – oder wenigstens dem ganzen

Keynes. Dass die Krise dieses Mal im Zeichen der ökologischen Krisendrohungen erstmals - im Vergleich zu den Entwicklungen seit der ersten industriellen Revolution – eine ganz andere Dimension gewinnt, wird noch immer zu verdrängen versucht. Die Sozialismusvorstellungen der alten Arbeiterbewegung haben sich in den acht Jahrzehnten seit Ende des Zweiten Weltkrieges sukzessive aufgelöst. Die Ordoliberalen haben ihr erklärtes Ziel in bemerkenswertem Maße erreicht: sie haben die soziale Marktwirtschaft – die in den letzten Jahrzehnten immer weniger sozial geworden ist – als „natürliche Ordnung“ in die Köpfe aller Menschen zu bringen vermocht. Unsere Gewerkschaften haben sich über mehr als 150 Jahre und manche große Krisen hinweg als anerkannter Teil der gesellschaftlichen Ordnung immer mehr in die Rolle gefügt, eine *sekundäre Teilhabe* am wirtschaftlichen Wachstum für die abhängig Beschäftigten zu fordern und durchzusetzen, zusammen mit einer wohlfahrtsstaatlichen Regulierung der Arbeitsverhältnisse.¹ Dass wir mittlerweile soziale Spaltungsprozesse haben, auch in den „hochentwickelten“ westlichen Staaten, die denen vor 1914 entsprechen, wird ignoriert. Nahezu niemand käme auf die Idee, den *Aufstieg und die Herrschaft einer neuen globalen Geldelite* und den Abstieg aller Anderen (Freeland 2013) ernstlich zu skandalisieren. Der herrschende ‚Politikbetrieb‘ müht sich, die multiplen Krisenentwicklungen irgendwie immerhin so weit einzudämmen, dass ‚der Laden weiter laufen‘ kann. Der feste Glaube an weiteren wissenschaftlich-technischen Fortschritt und stetiges wirtschaftliches Wachstum ist im nun neoliberalen Denken der Zeit – an der Spitze hierzulande die FDP - derart fest verankert, dass man blind für die Grenzen dieses finanzmarktgetriebenen Wachstums geworden ist, die der Club of Rome schon vor über 50 Jahren betont hat.

Das ist knapp und pointiert zusammengefasst die Lage, über die ich nun in diesem Essay nachdenke - ganz im Bewusstsein des oben vorangestellten Zitats aus Hannah Arends posthum verfasster, höchst philosophischer Schrift *Vom Leben des Geistes*. Aber ich werde dazu, wie ich denke ganz im Sinne der Politikwissenschaftlerin Arendt, mit gesellschaftspolitischen Überlegungen beginnen:

Was so wächst, das sind: die Abstiegserfahrungen und –Ängste der Mittelschicht – inzwischen nicht nur in der unteren Mittelschicht. Und wieder einmal zeigt sich, dass *die Bewirtschaftung der menschlichen Ängste zu den bedeutendsten Quellen der Macht von Menschen über Menschen gehört*, wie Norbert Elias (1982) zutreffend geschrieben hat. Und wieder einmal sind es vor allem die Anführer rechtspopulistischer und rechtsradikaler Bewegungen, die es besonders gut verstehen auf dieser Klaviatur zu spielen. Die politische Linke hingegen setzt auf ihre rationalen Argumente und findet nur schwer zu einem angemessenen Umgang mit der *Macht der Gefühle* Kluge 1984). Die Sorgen der Menschen angesichts immer neuer Krisendrohungen und Entwicklungen wachsen. Erst ist es die sogenannte Flüchtlingskrise, dann Corona, dann die geopolitischen Konflikte mit Kriegen nun nicht nur irgendwo

¹ Michael Vester (1970) hat diese Formulierung schon zur Kennzeichnung der ersten Gewerkschaften gefunden, die in England nach der Niederlage der Chartistenbewegung entstanden sind.

im globalen Süden, sondern nun auch in Europa – und nun hinzukommend auch im nahen Osten.²; weiter ein zunehmender Zweifel daran, dass der herrschende ‚Politikbetrieb‘ hier noch Lösungen finden kann. Die zähen Prozesse demokratischer Kompromissuche und –Findung, die davor zurückschrecken die wirklich harten Interessenkonflikte, die sich zunehmend geltend machen, wirklich zur Sprache zu bringen, stoßen auf zunehmendes Unverständnis. Das wiederum bricht sich emotional Bahn; und damit wiederum kann der herrschende, vermeintlich doch so rationale Politikbetrieb schlecht umgehen. Von der politischen Rechten und von Teilen der Konservativen werden in solcher Lage tief sitzende Vorurteile und Strategieansätze neu aktiviert - und je weiter es dann im politischen Spektrum noch nach rechts geht, umso mehr ist das der Fall. Gegenüber den eigenen elitären Führungsansprüchen sieht man die leicht manipulierbaren Wählermassen – nicht mündige Bürger sondern gering geschätzte, wenn nicht verachtete Menschen, die Führung brauchen. Vor allem von rechtspopulistischen und –radikalen Bewegungen werden kulturell Fremde zur Bedrohung von außen, oder auch gleich zu Feinden erklärt, um so Folgebereitschaft zu sichern usw. Dass und wie so menschliche Emotionen zu einem ideologischen nationalistischen Denken hin fehlgeleitet werden können, ist alles einmal, in den ersten Jahrzehnten nach 1945, messerscharf analysiert worden. Heute erleben wir das erneut, und die immer schon nur „halbe“ Demokratie – gemessen an den Ansprüchen, die zu Beginn unseres demokratischen Projekts der Moderne einmal formuliert worden sind - wird so von Neuem ausgehöhlt.

Ich selbst erlebe all das im Alter von nun schon fast siebenundsiebzig Jahren als zunehmend skeptischer Beobachter der Zeitläufte. Der Wissenschaftsbetrieb liegt seit bald schon 14 Jahren hinter mir. Ohnehin bin ich in ihm immer nur eher ein Grenzgänger gewesen - unbeschadet meiner Bemühungen, mir in ihm gelegentlich ein wenig Gehör zu verschaffen. Eine wichtige Grundlage für mein stetiges paralleles (arbeits)politisches Engagement ist mir mit dem Verlust eigenständiger Zugänge zu frischer Empirie abhanden gekommen. Der wiederholte sorgfältige Rückblick auf meine 38jährige Berufsbiographie hat mir zudem manche Irrtümer früher verfolgter Forschungs- und Handlungsansätze zunehmend klarer vor Augen geführt. Mein fortgeschrittenes Alter versetzt mich heute vornehmlich in die Rolle eines nachdenklichen Beobachters, der nüchtern die Grenzen solchen Nachdenkens einzuschätzen vermag, immerhin aber eröffnet mir das persönlich mit meiner Rückkehr zu alten, fast verschütteten literarischen Leidenschaften noch einmal neue Perspektiven.

Der vorliegende Essay ist der Versuch, das alles einmal mehr im Zusammenhang zu reflektieren. Ich beginne dazu mit einem Blick auf meine letzten arbeitspolitischen Aufbruchsversuche zu Beginn dieses Jahrhunderts, die damit verknüpften Erwartungen und die späteren Erwartungsenttäuschungen. In einem zweiten Schritt gehe ich danach, ausführlicher als in dieser Einleitung und mit stärkerer arbeitspolitischer Ak-

² Zu weiterführenden Überlegungen, über das realpolitisch scheinbar nur mögliche im Nahostkonflikt hinaus siehe Boehm 2020 und 2023.

zentsetzung, zu einer aktuellen Lageeinschätzung über. Sie führt mich dazu, einige erste knappe, eher philosophische Überlegungen anzuschließen. dabei werde ich die Ergebnisse zu denen mich all das führt, dann noch einmal im Hinblick auf die Handlungsmöglichkeiten hin reflektieren, die ich für mich selbst noch sehe.

2. Erwartungen und Erwartungsenttäuschungen

Über den sehr langen Zeitraum meiner Erwerbstätigkeit als empirischer arbeitsforscher hinweg habe ich mich als Sozialwissenschaftler und politisch engagierter Intellektueller darum bemüht, einer weitergehenden Demokratisierung unserer Gesellschaft zuzuarbeiten. In den frühen Aufbruchsjahren nach 1968 lagen dazu Anknüpfungen an Traditionslinien der alten Arbeiterbewegung noch recht nahe (Martens 2018). Sie hatte in den Staaten der von Hannah Arendt (1974) so benannten *atlantischen Zivilisationsgemeinschaft* die Nachkriegsordnungen in Gestalt der Herausbildung unterschiedlicher, *institutionell verfasster Arbeitsgesellschaften*, so Christian von Ferber (1961), nachhaltig geprägt. Sie gehörte damit aber als soziale Bewegung längst der Vergangenheit an. Meine damaligen Orientierungen blieben für mich weit über das sozialdemokratische Jahrzehnt der 1970er Jahre hinaus, für lange Zeit wichtig.

Zu Beginn dieses Jahrhunderts habe ich aus diesen frühen Aufbruchsintentionen und –Erfahrungen heraus mit anderen zusammen mit der Gründung des *Forums Neue Politik der Arbeit* (www.fnpa.eu) noch einmal einen Neuanlauf unternommen. Unser Ziel war einmal mehr eine Stärkung von Potenzialen, die es ermöglichen sollten, unsere Demokratie von der besten aller schlechten Herrschaftsformen in Richtung auf eine Lebensform mit wachsenden Freiheitsrechten Aller weiter zu entwickeln. Sie sollten, diesen unseren Vorstellungen zufolge, auf erweiterten aktiv zu nutzenden Mitbestimmungsrechten der immer noch unter der Herrschaft *privater Regierungen* (Anderson 2019) abhängig Beschäftigten in Wirtschaft und Gesellschaft, damit aber auch auf einer entsprechenden Mitverantwortung, fußen.

Unsere Hoffnungen richteten sich auf die wachsenden Potenziale einer neuen Arbeit in einer neuen Zeit (Martens/Peter/Wolf 2001, Scholz u.a. 2006). Die falschen Erwartungen mancher in die sogenannte New Economy haben wir nie geteilt. Wir meinten aber, es gäbe neue Chancen und Herausforderungen für die Gewerkschaften, die es zu nutzen gelte. Allerdings hatten wir damals keinen hinreichend klaren Blick auf die Sackgassen, in die das neoliberale Rollback, das seit bald zwei Jahrzehnten im Gange war, bereits zu führen begonnen hatte. Man könnte auch sagen, dass wir einiges Vertrauen in wachsende Fähigkeiten zum ‚Selbertun‘ auf Seiten der damals so genannten ‚Arbeitskraftunternehmer gehabt haben‘ – und dass dabei im Hintergrund durchaus immer noch Reste früher Marx’scher Erwartungen in das von ihm so bezeichnete Proletariat ihre Rolle gespielt haben. Wir haben demgegenüber noch deutlich zu wenig Gewicht auf die weiter anwachsenden ökologischen Herausforderungen gelegt. Das gilt auch dann, wenn einige von uns dazu bereits intensiv gear-

beitet haben (Paust-Lassen/Wolf 2001) und wir unser Forum anfangs als Dialogplattform zwischen gewerkschaftsnaher Wissenschaft, Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen entwickeln wollten. Im wesentlichen prägend wurde allerdings die Orientierung auf die Gewerkschaften. Wir erreichten dort jedoch nur eine sehr begrenzte Resonanz. Im Zuge der Weltfinanzkrise 2008 sowie des Bewegungsjahrs 2011 (Roth 2012) fassten wir aber neuen Mut. Verbunden war damit ein nochmals stärkerer Akzent auf Herausforderungen zu einer Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft (Martens 2010 und 2011).

In den Folgejahren wurde für mich zunehmend klarer, dass unsere Gewerkschaften, nicht nur in Deutschland, mittlerweile so sehr zu einem tragenden Teil des weiter prägenden, aber zugleich von deutlichen Erosionsprozessen bedrohten Gefüges unserer institutionell verfassten Arbeitsgesellschaften geworden waren, dass starke Veränderungsimpulse von ihnen kaum mehr erwartet werden durften. Dies galt umso mehr, weil sie nun zunehmend in Abwehrkämpfe um den Erhalt sozialer Errungenschaften verwickelt waren – und so, wie auch ihre Mitgliedschaft, als sekundäre Teilhaber weiteren wirtschaftlichen Wachstums vornehmlich auf altbewährte institutionelle Strategien setzten. Das nun prägt meine gegenwärtige Sicht darauf, wie sie gegenwärtig mit den Herausforderungen einer ökosozialen Transformation umgehen, die spätestens seit dem Regierungsantritt der Ampelkoalition auf der politischen Agenda steht. Diese Sicht will ich im Folgenden in knapper, fast thesenhafter Form präsentieren.³

Über die Dringlichkeit der Herausforderungen zu einer *ökosozialen Transformation*, kann angesichts der drohenden, wissenschaftlich längst gut belegten, Klimakatastrophe kein ernsthafter Zweifel mehr bestehen. Die Häufung von immer noch als Jahrhundertunwettern bezeichneten Katastrophen und die Berichte der Vereinten Nationen (exemplarisch IPCC Sonderbericht 2022) sind da ein hinreichender Beleg. Im Kontrast dazu ist zu konstatieren, dass es *keine adäquate Konversionsdebatte* innerhalb der Gewerkschaften gibt (Mertens 2024). Im Grunde folgerichtig zeigen Zwischenergebnisse soziologischer Forschungen zum Mentalitätswandel, dass es in unserer automobilen Gesellschaft, bzw. in einem ihrer Kernbereiche, eine *erstaunliche „Anpassungsstabilität“ der gefundenen Mentalitäten* gibt. Diese Mentalitäten sind allerdings wohl schon „in Gärung geraten“ (Harald Wolf u.a. 2023). Wieder einmal zeigt sich: Mentalitäten ändern sich sehr langsam – und bei weiterer krisenhafter Zuspitzung dürfte es ambivalente Entwicklungsmöglichkeiten geben.⁴

³ Einige, den folgenden Überlegungen zugrundeliegende Thesen habe ich September 2024 im Zusammenhang eines Werkstattgesprächs formuliert, welches das FNPA gemeinsam mit dem DGB organisiert und im Frühjahr 2024 durchgeführt hat.

⁴ Klaus Dörre (2024) – ich komme auf ihn noch zurück – zitiert aus einem Artikel des klugen Liberalen Ralf Dahrendorf (aus dem Jahr 1994!) Die Angehörigen der arbeitenden Klassen hätten in der Nachkriegsordnung *Lebenschancen entdeckt, von denen ihre Eltern und Großeltern kaum zu träumen wagten. Aber sie sind keineswegs sicher, dass die guten Zeiten für immer andauern werden. So fangen sie an Grenzen zu ziehen (...) Die fehlende Phantasie einer Klasse, die in der Angebotswelt lebt und daher die Anrechtsforderungen anderer nicht*

Zunächst schien ja auch der *Angelpunkt* für die Menschen, die von und mit dem Automobil leben, – *die automobilen Gesellschaft* – mit der Elektromobilität weiter gesichert. Steter Wandel im Zeichen der Globalisierung war für sie zudem Normalität – und konnte bisher ja auch bewältigt werden. Es sind jedoch wachsende Verunsicherungen (denn zu dem absehbar radikalen Wandel der Branche sind die Erfahrungen mit Corona dem Ukraine-Krieg usw. hinzugekommen). *Grundlegende Handlungsorientierungen* wie Leistungsprinzip, Beteiligung und technisch-funktionale Rationalität waren aber, den Befunden aus dem Jahr 2023 zufolge, noch nicht erschüttert, auch wenn sie, wie im Falle der Beteiligungsansprüche fortlaufend verletzt worden sind. Solche Handlungsorientierungen, dürften im Übrigen nicht nur für die Arbeiter in der Automobilindustrie prägend sein, sondern sehr viel allgemeiner.

Eine angemessene Konversionsdebatte müsste nun aber gerade diese Handlungsorientierungen, wie sie die industriekapitalistische Gesellschaft ausgeprägt und gefestigt hat, in Frage stellen.⁵ Dies jedoch geschieht, so die Einschätzungen im späten Frühjahr 2024 (siehe Fußnote 2) weder seitens der Gewerkschaften, noch in nennenswerter Weise innerhalb des herrschenden Politikbetriebs. Die im Mainstream bestenfalls angebotene Linie ist die eines „Grünen New Deals“, der, aus dem herrschenden Politikbetrieb heraus entwickelt, auf die zugleich ökologischen und sozialen Krisendrohungen antworten und die repräsentative Demokratie verteidigen soll, ohne die Logik der kapitalistischen Ökonomie mit seinen wachsenden Verteilungsungerechtigkeiten etc. ernsthaft anzutasten.

Im Herbst 2024 wurde dann allerdings unübersehbar, dass die für die deutsche Wirtschaft überaus bedeutsame Automobilindustrie den Übergang zur Elektromobilität mit Autos, die für Bürger mit durchschnittlichem Einkommen bezahlbar bleiben, augenscheinlich verschlafen hat. Massiver Personalabbau und Werksschließungen kündigten sich an, sogar bei VW, wo das bis dahin als undenkbar gegolten hat. Auf dem für sich wichtigen chinesischen Markt schrumpften die Gewinne, und die Chinesischen Konkurrenz wird auch auf dem deutschen Markt zu einer Bedrohung. Von Praktikern aus der Branche erhielt man Hinweise darauf, dass nun auch von etlichen Betriebsräten Skepsis gegenüber der Elektromobilität zu hören sei, es eine deutliche Neigung dazu gebe, sich nun in der ‚Blase‘ des jahrzehntelang unumstrittenen Erfolgsmodells geradezu ein zu igeln, dass statt Solidarität nun sogar eher konkurrenzhaft Orientierungen zu beobachten seien.

erkennt, verbindet sich mit dem Interesse an der Sicherung der eigenen Position. Heute in dieser Logik gefangen, so Dörre, nutzen das viele Parteien der radikalen Rechten als Vehikel..

⁵ Die wirtschaftlichen Eliten verdienen mal gut das Zehnfache und verdienen heute das Zweihundertfache eines Arbeiters. Sie werden schon lange nicht mehr nach Leistung bezahlt. Eher geht es um ganz besondere Innovationskraft oder gar Genialität. Ähnliches gilt in Teilbereichen des Spitzensports. Es geht um einen neuen Geldadel – ähnlich steuerbefreit wie der frühere - und die, die er um sich herum drapiert. Wir reden also über Genialität oder Kunst, bzw. das, was man dafür hält. Wer aber thematisiert das öffentlich kritisch?

Krisensymptome also, die sich in der Folge versäumter frühzeitiger Konversionsdebatten und –Anstrengungen verschärfen. Zugleich haben wir es mit einer *großen Krise* - entsprechend dem Gedankenmodell der „langen Wellen der Konjunktur“ *zu tun* – dieses Mal aber mit einer ganz besonderen: es ist eine „Metakrise“, die nach ca. 500 Jahren kapitalistischer Entwicklung zur Etablierung eines neuen „Natur-Gesellschafts-Metabolismus“ herausfordert (Dörre 2024), damit sich die Menschheitsgeschichte fortsetzen kann. Diesbezüglich kenne ich grundlegende philosophische Beiträge nur von Seiten einiger weniger kluger Köpfe (exemplarisch Blom 2022 und 2023). Im Diskurs der politischen Linken gibt es sicherlich einige Nachdenklichkeit, aber die Bereitschaft, die *Zeitenwende*, von der seit Putins Angriffskrieg auf die Ukraine die Rede ist, in allen ihren Facetten wirklich ernst zu nehmen und dann auch linke Politik neu zu Denken oder zu beginnen (Dörre 2024) ist selbst dort recht begrenzt. Im öffentlichen Diskurs – stets geführt unter der Leitfrage: wie kann es bei all den Krisen weitergehen? - tauchen entsprechende Grundlegende Überlegungen ebenfalls nur in Grenzen nicht auf.

Auch unsere Reflexionen im Rahmen des FNPA sind offenkundig zu kurzatmig. Die Beiträge auf letzten Workshops oder Werkstattgesprächen kreisten folgerichtig fast nur um arbeitspolitische Fragen – zuletzt darum, welche Interpretationen der Lage und welche dann vielleicht unmittelbar aufzugreifenden Handlungsorientierungen Gewerkschaften (und Politik) heute angesichts der Herausforderungen einer ökologischen Transformation bieten könnten oder müssten.⁶ Die große Herausforderung wäre so etwas wie eine Art proaktiver arbeitspolitischer Diskurs, der der Tiefe der bevorstehenden Umbrüche gerecht werden kann. Der aber hätte eine grundlegende wissenschaftlich-philosophische Debatte zur Voraussetzung. Ohne die kann man vielleicht eine energischere Verteidigung des Erreichten fordern, wird dann aber immer wieder Anpassungen an den Druck der Verhältnisse akzeptieren müssen, also Kompromisse machen, bis eine nennenswerte Zahl an Menschen rebelliert – so wie das immer war, etwa zu Zeiten der ersten, noch sehr radikalen englischen Arbeiterbewegung (Vester 1970).

Nun gibt es, parallel zu dem Werkstattgespräch (siehe Fußnote 3), auf das ich mich hier unter anderem beziehe, eine komprimierte Fassung und kritische Würdigung des ADGB-Konzepts zur Wirtschaftsdemokratie seitens eines Mitglieds des Arbeitskreises Arbeit und Demokratie im Rahmen des FNPA (Scholz 2024). Das macht Sinn, weil kaum noch jemand dieses alte Konzept genauer kennt. Ich habe bei der Arbeit an meinem Buch zu einer *Neue(n) Wirtschaftsdemokratie* (Martens 2010) leider weitgehend darauf verzichtet, diese Debatte detailliert nachzuzeichnen. Aber zu

⁶ Und kennzeichnend war da, dass die Chancen für die Durchsetzung wirklich radikaler Forderungen zunehmend schlechter eingeschätzt worden sind. In den 1960ern forderte die IG Metall noch eine Demokratisierung der Wirtschaft, in 1980ern und 1990ern gab es noch Konversionsdebatten, auf dem Kurswechselkongress der IG Metall im Dezember 2012 ist Wirtschaftsdemokratie auf ein VW-Gesetz für alle Großunternehmen eingeschrumpft, heute wird eine Erweiterung der Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen gefordert.

bedenken ist: seit Naphtali sein Konzept formuliert hat – in Anknüpfung an vielfältige Ansätze zu seiner Zeit - sind nahezu 100 Jahre vergangen.

Es ist als *hegelmarxistisches Konzept* mit der Vorstellung einer kapitalimmanenten Dialektik – vom „organisierten Kapitalismus“ hin zum Sozialismus - seit langem fragwürdig. Hilferdings Theorie ist als Großtheorie gescheitert, ebenso wie später die des STAMOKAP. Das ADGB-Konzept ‚lebt‘ zu seiner Zeit insgesamt von der Vorstellung einer objektiv gerichteten Dialektik der Geschichte. Das aber ist ein teleologisch, letztlich religiös aufgeladenes Denken.⁷ Das vertritt heute im Ernst niemand mehr. Ich würde dazu mit Camus sagen: die Dialektik ist vielleicht eine Bewegung unseres Denkens, nicht aber eine der Wirklichkeit. Deren Widersprüche folgen diesem Denkschema nicht. Die neue Zeit zieht nicht mit uns. Sie zieht mit niemandem (Wallerstein 2010). Sie muss immer gestaltet werden.

Naphtali (1977/28) und der ADGB setzen an der Klassenfrage an. Auch hier gilt, dass das alte Hegelmarxistische Klassenverständnis fragwürdig geworden ist (Rancière 2002). Grundlegende Ansätze zu den ökologischen Herausforderung heute müssen zudem in der Herrschaftsfrage (Geschlecht, Natur) deutlich tiefer ansetzen. Das alte Konzept der Wirtschaftsdemokratie ist mit der alten, in den 1920er Jahren für die Arbeiterbewegung selbstverständlichen Entgegensetzung von Markt und Plan verknüpft. Auch die ist fragwürdig – spätestens seit dem Zusammenbruch des sogenannten „real existierenden Sozialismus“. Es gab damals – und, jedenfalls in Deutschland nach 1945, noch einmalverstrkt - einige Anknüpfungspunkte (Gemeinwirtschaftliche Unternehmen). Die sind aber in den 1970er Jahren zusammengebrochen und fehlen heute. Produktionsgenossenschaften, nie ein wirklich gewichtiger Teil der alten Arbeiterbewegung, sind heute ein Randphänomen. Darüber hinaus wird die demokratische Beteiligungsfrage „von unten“ in dem damaligen Konzept des ADGB nicht wirklich gestellt. Es geht darin um Demokratie für, nicht durch die abhängig beschäftigt Arbeitenden.

Ob und wie eine solche Beteiligung von unten erfolgreich dauerhaft massiv ausgeweitet werden kann – angesichts bestehender, eher weiter wachsender Marktdynamiken – ist heute strittig und wird zu wenig ernsthaft diskutiert, geschweige denn er-

⁷ Albert Camus (2013) zitiert in dem Kapitel *Das Scheitern der (revolutionären) Prophezeiung* Karl Liebknecht nach dem Scheitern der Novemberrevolution mit dem Satz: „Die Zeit war nicht erfüllt“, und er führt dann fort: *aber er sagt auch, und dabei erfassen wir, wie eine Niederlage den besiegten Glauben bis zur religiösen Verzückung aufpeitschen kann: „Beim Krachen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, dessen Grollen sich schon nähert, werden die eingeschlafenen Truppen der Proletarier aufwachen wie beim Fanfarenton des Jüngsten Gerichts, und die Leichname der umgebrachten Kämpfer werden auferstehen und Rechenschaft fordern von den Fluchbeladenen“.* Assoziationen also zum Jüngsten Gericht, der Auferstehung, den Fluchbeladenen !!! Solche religiöse Verzückung aber war nur möglich, weil der teleologische Fortschrittsglaube der alten Arbeiterbewegung eben Folge einer theologisch aufgeladenen Kanonisierung der europäischen Aufklärung ist, in der auch die Arbeiterbewegung wurzelt.

probt. Leider gibt es durchaus Gründe zu Skepsis. Ferner gibt es derzeit keine klaren, und womöglich auch schon in Teilen realisierten Antworten auf die Steuerungsproblematik in einer globalisierten Ökonomie – es sei denn, man nähme China als Modell. Aber dann handelte man sich das autoritäre politische Führungsmodell mit seinen stalinistischen Wurzeln dazu ein.

Die Schnittenge zwischen Dieter Scholz und mir ist bei dieser kritischen Würdigung sehr groß. Mich führt zu den folgenden Fragen: Wenn es - damals, wie heute auch - diese immanente dialektische Bewegung nicht gegeben hat, wohl aber bemerkenswert viele Ansatzpunkte, an die die Idee der Wirtschaftsdemokratie anknüpfen konnte – und dazu eine starke, allerdings tief gespaltene Arbeiterbewegung -, welche Kräfte haben deren Entfaltung damals verhindert? Und was heißt das für uns heute? Gibt es da vergleichbare fatale Entwicklungen?

- Die Herausforderungen türmen sich zu immer größeren Problemwolken auf – und sie erscheinen uns heute umfassender, oder tieferliegend, fundiert.
- Ansatzpunkte, ihnen gerecht zu werden gibt es. Progressive soziale Bewegungen, die daran anknüpfen könnten, sind aber eher schwach – und seit Corona, Ukrainekrieg etc. eher weiter geschwächt.
- Ich sehe hier Folgen einer erschreckenden Entpolitisierung der vielberufenen „mündigen Bürger“, v. a. in den USA, wo wir ja seit langem schon eher oligarchische denn demokratische Herrschaftsverhältnisse haben, aber nicht nur dort.
- Stattdessen gerät das in der atlantischen Zivilisationsgemeinschaft einmal entstandene demokratische Projekt der Moderne zunehmend in eine tiefe Krise. Rechtspopulistische und rechtsradikale Bewegungen wachsen an – und nicht zuletzt sind aus den Herrschaftsapparaten des Stalinismus der 3. Internationale autoritäre und diktatorische Herrschaftsstrukturen neu erwachsen (Russland, China, Nordkorea). Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen vom 05.11. 2024 in den USA kommt hinzu.

Man muss so die Frage aufwerfen, welchen Stellenwert das alte Konzept der Wirtschaftsdemokratie heute noch hat – abgesehen davon, dass es einmal eine scheinbar sehr klare Vorstellung davon gegeben hat, dass man über den Kapitalismus hinaus kommen müsse. Meine Gegenüberstellung von „alter“ und „neuer“ Wirtschaftsdemokratie (Martens 2010 und 2011) hatte jedenfalls gute Gründe. Mit dem Neu Denken des Konzepts sind die, die darin immer noch einen bedeutsamen Ansatzpunkt zu erkennen meinen, allerdings noch nicht allzu weit vorangekommen. Ich schließe mich selbst da ein.

3. Nach den Präsidentschaftswahlen: zur gegenwärtigen Lage

Die US-Wahl ist entschieden – und das augenscheinlich schon am Morgen nach der Wahl! Also kein offenes Rennen. Der Wahlsieger heißt Donald Trump! Ich bin am Morgen nach der Wahl erschrocken: Das „autoritäre Jahrhundert“, von dessen Drohung Ralf Dahrendorf schon 1997 gesprochen hat, ist nun wirklich unübersehbar da, das war mein erster Gedanke – und die Krise der liberalen Politik wird in die nächste Runde gehen, denn in Europa dürften die Rechtspopulisten und Rechtsradikalen weiteren Auftrieb erhalten. Die Konservativen werden wohl noch stärker, als sich das nach den Europawahlen im Frühjahr schon gezeigt hat, bis auf Weiteres die entscheidende politische Kraft werden. Die jüngsten Wahlen - schon hier in Europa, am deutlichsten aber nun in den USA - zeigen, wie verheerend sich die über Jahrzehnte hin weg vollzogene Entpolitisierung der Menschen in unseren Zeiten tiefgreifender multipler Krisen und Krisendrohungen auswirkt. Angesichts von stetig beschleunigten, systemisch forcierten Alltagszwängen haben die überwiegend immer noch abhängig beschäftigten Menschen kaum hinreichende Möglichkeiten ihre politische Urteilskraft zu entfalten. In dem tatsächlich ja schon seit langem oligarchischen System in den USA ist dies besonders nachdrücklich sichtbar. Die Menschen dort erkennen offenbar in deutlicher Mehrheit nicht, dass ein Mann wie Trump augenscheinlich psychopathische Züge aufweist und ungehemmt faschistoide Thesen verbreitet. Ihre jüngeren Erfahrung mit der „ältesten Demokratie der Welt“ und die zweifelhaften Versprechungen Trumps haben sie für das Unvorstellbare, nämlich die Gefahr ihrer weiter fortschreitenden Aushöhlung in den USA, blind werden lassen. Die Repräsentanten der liberalen Demokratie – unter deren Oberfläche ja schon lange oligarchische Strukturen entstanden und höchst wirksam geworden sind, der renommierte Soziologe Norbert Elias hat schon 1985 davon geschrieben – haben der inneren Logik rechtspopulistischer Bewegungen keine überzeugende Antwort entgegensetzen können.

Mir geht auch durch den Kopf, dass der Schriftsteller Wolfgang Koeppen schon 1974 einen Text unter dem Titel *Angst* veröffentlicht hat – geplant als Teil eines dann nie zu Ende geschriebenen Romans. Der Held dieser Erzählung steht in Washington. Er hat das Capitol und das Weiße Haus im Rücken, blickt auf den Arlington Friedhof und ihm gehen einige bemerkenswerte Gedanken durch den Kopf. Im Blick auf den Heldenfriedhof vor ihm ist er dankbar, schon recht alt zu sein. In die Kriege, die das Imperium nach außen hin führt, und deren Helden auf dem Friedhof vor ihm liegen, wird er nicht mehr ziehen müssen. Die Architektur in seinem Rücken erinnert ihn an das alte Rom, das schon fürchterlich genug gewesen sei. Seinen Leser*innen bleibt es überlassen, diesen Gedanken weiterzudenken. Und vor dem Weißen Haus hat er vorhin einige Grauhörnchen spielen sehen. Vielleicht sollte der Präsident auch die zu Wählern erklären, kommt ihm in den Sinn Sie sind schließlich putzig, und ihr Wahlrecht dürfte wohl Entscheidendes nicht ändern. Gewiss, ein Gedankenbild, das überzeichnen mag; aber doch eines von bemerkenswerter Hellsichtigkeit

Zwei Wochen später. Trump stellt sein Kabinett zusammen. Auf diese Amtszeit ist er besser vorbereitet als auf seine erste. Kommentatoren sind beunruhigt, Politiker auch, aber die können sich ja stets nur diplomatisch äußern. Sie werden mit dem

neuen Präsidenten zu Recht kommen müssen, dürfen ihn also nicht verstimmen, müssen pragmatisch sein. Ich beobachte die Entwicklung mit den Informationen, die mir als Zeitungsleser zugänglich sind – und ich bemühe mich um möglichst große Nüchternheit.

Er will sie in Teilen austauschen, und jedenfalls wird sie schwächen die zentrale Administration in Washington. Aber das mag zugleich die Bundesstaaten stärken. Überhaupt ist es wohl ein vereinfachendes Bild, Demokraten und Republikaner als zwei in sich fest geschlossene miteinander geradezu verfeindete Blöcke anzusehen. Das mag ein Bild fürs Wahlvolk sein, und es mag auch sein, dass Trump selbst innenpolitische Gegner als Feinde ansieht. Womöglich hegt er auch Rachegefühle. doch Oligarchische Machtstrukturen funktionieren anders. Da geht es um Interessen – entlang unterschiedlichster Linien vielfältig differenziert, vielleicht auch immer wieder um so etwas wie ‚Hahnenkämpfe‘, aber auch um die Sicherung einer gemeinsamen Machtbasis. Trump beherrscht dieses Spiel. Doch selbst seine Partei, dürfte er nicht voll im Griff haben. Er verfolgt ein extrem konservatives Programm. Erneut wird er den Markt entfesseln. Den Spekulationen des Bankengeschäfts, nach 2008 nur in sehr engen Grenzen eingehegt, wird er neue Räume öffnen – und Risiken neu entstehen lassen. Er setzt erneut auf fossile Energien – und die Weltklimakonferenzen sind auch so schon sehr ernüchternd. Für die, die gerade in Baku zu Ende gegangen ist, gilt das besonders deutlich. Die ökonomischen Chancen von KI werden verstärkt genutzt, und den für die nun herrschenden Eliten politisch interessanten manipulativen Spielräumen, werden in den USA schwerlich regulierende Grenzen gesetzt werden. Sie werden sich vielmehr im Zuge absehbarer technologischer Fortschritte zunehmend weiter eröffnen. Auch soziale Spaltungsprozesse werden sich voraussichtlich fortsetzen – ganz entgegen den Wahlversprechen und den Erwartungen der Wähler. Die in dieser Hinsicht einzig offene Frage ist mithin, wie viel Pragmatismus der unberechenbare Trump zustande bringt, wenn sich erweisen wird, dass seine angekündigte Schutzzollpolitik am ehesten das Gegenteil der von ihm behaupteten ökonomischen Wirkungen erzielt. Ein grüner New Deal jedenfalls – allein marktgetrieben ohnehin ein wackeliges Konzept – rückt noch weiter in die Ferne. Für ein Gegensteuern gegen die drohende Klimakrise sind sie Karten nunmehr nochmals schlechter gemischt.

Es mag ja sein, dass Trump innenpolitisch seine demokratiefeindlichen Hasstiraden nicht sozusagen eins zu eins in Politik umsetzen kann - dies vielleicht auch gar nicht will. Es ist aber damit zu rechnen, dass er alles ihm Mögliche unternimmt, um autokratische Machtverhältnisse zu festigen, so wie von ihm selbst ja auch angekündigt. Hinter den zu befürchtenden, vielleicht geradezu absehbaren Entwicklungen steht ja auch nicht zuletzt ein Kulturkampf, in dem das weiße Amerika seine Vorherrschaft zu sichern suchen wird, die ihm nach eigenem Selbstverständnis geradezu mit Selbstverständlichkeit zusteht. Im Übrigen ist auch hier nochmals an Elias zu erin-

nern. Der hat schon 1985 die Mögliche Gefahr einer Präsidialdiktatur erkannt – damals noch vor dem Hintergrund des alten Ost-West-Konflikts im kalten Krieg.⁸

Außenpolitisch sehe ich vor Trumps Amtsantritt vor allem Fragezeichen. Im nahen Osten wird sich die rechtskonservative Regierung Israels darin bestärkt sehen, womöglich noch einseitiger als bisher auf militärische Antworten auf die selbst nach einem Sieg über die Hamas weiter bestehenden Bedrohungen zu reagieren. Die jüngsten Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Netanyahu und Gallantscharen die Wähler in Israel eher fester um ihre Regierung, und die Stimmen der Rechtsradikalen in ihr dürften lauter werden. Die vor dem Terrorüberfall der Hamas tiefe politische Zerrissenheit des Landes tritt so in den Hintergrund. Das Wahlergebnis in den USA könnte weiterhin dazu führen, dass die Ukraine ziemlich rasch in größte Bedrängnis kommt. Wenn Trump wirklich seine Ankündigungen wahr macht, droht ein „Frieden“, der Putins ‚Appetit‘ auf die Rückgewinnung früherer Einflusszonen der UdSSR wachsen lassen könnte – und der gebeutelten, faktisch durch Gebietsverluste getroffenen Ukraine für die weitere Zukunft keine wirkliche Sicherheit verschaffen kann. Kurzfristig, und darauf käme es ja an, ist jedenfalls nicht zu sehen, dass und wie die EU und eine absehbar geschwächte NATO einer solchen Entwicklung wirkungsvoll gegensteuern kann. Doch wenn Trump sich ganz auf den Hauptgegner China konzentrieren will, braucht bei allen seinen MAGA-Zielen im Rücken doch ein hinreichend stabiles Europa. Sozusagen ‚Tabula rasa‘ im europäischen Rücken, wird auch er sich kaum leisten wollen. Auch bei den Republikanern kann zudem niemand übersehen, dass Russland in der Führung seines Angriffskrieges den Schulterschluss mit den Mächten der „Achse des Bösen“ sucht - mit Drohnen aus dem Iran, Munition und Soldaten aus Nordkorea. Diesen Begriff aber hat einmal mit George Bush ein Präsident geprägt, der Republikaner war. Also: vieles offen, die Behauptung, den Frieden an einem Tag herbei verhandeln zu können wohl eher Wahlkampfgetöse. Als Beobachter, und mehr kann man ja nicht sein, gilt es nüchtern zu bleiben.

Die USA werden sich verstärkt als eine auf den Pazifik orientierte Weltmacht positionieren. Der Druck von Autokraten und Diktatoren auf eine geschwächte liberale Demokratie dürfte weltweit weiter wachsen. Die EU steht so vor einer weiteren „Zeitenwende“. Vermutlich wird eine wirkliche Stärkung eigener Verteidigungsanstrengungen zum Gebot der Stunde werden. Die Frage ist dann, ob und wie das im Zeichen eines längst auf die Sicherung und Schaffung freier Märkte eingeschrumpften und so zur Ideologie gewordenen Neoliberalismus, also in Deutschland der Aufrechterhaltung der Schuldenbremse, geschehen wird. Der zu erwartende Effekt wäre dann ebenfalls eine weiter voranschreitende soziale Spaltung unserer Gesellschaft – und damit ein wachsender Druck auf den politischen Liberalismus und die repräsentative, parlamentarische Demokratie.

⁸ Zwar hat er in einer beiläufigen Bemerkung zu den unseren Zivilisationsprozess prägenden *hegemonialen* und gewöhnlich *bipolaren Ausscheidungskämpfen* auch den absehbaren Aufstieg Chinas schon im Blick, macht dazu aber keinerlei Prognosen. Offenkundig weiß er um die Grenzen unserer Wissenschaft.

Die Europäische Union ist auf diese veränderte Lage nicht gut vorbereitet. Man kann erste Reaktionen beobachten, die größte Befürchtungen, fast Ängste erkennen lassen – in den Medien, im Netz, im persönlichen Bekanntenkreis. Und Angst wirkt bekanntlich lähmend. Bei persönlichen Lebenskrisen geht es dann immer darum, einzelnen Individuen zuversichtlich dazu zu verhelfen, wieder in Möglichkeiten zu denken, statt sich selbst zu Opfern überzogener Befürchtungen zu machen - und so zu lähmen. In der FAZ vom 08.11. hat der Psychologe Volker Busch – von diesem professionellen Blickwinkel ausgehend, aber ganz ausdrücklich im Hinblick auf die gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Krisendrohungen – Empfehlungen formuliert. Zur besseren Krisenbewältigung sei es wichtig, zunächst einmal in der neu eingetretenen Situation wirklich anzukommen. Dann gehe es um deren nüchtern-distanzierte, auch selbstkritische Analyse. Auch die Fähigkeit, das Komische in wirklich als bedrohlich empfundenen Situationen zu erkennen, könne hilfreich sein. Sein Fazit lautet schließlich: die wichtigste Überschrift im Leben sei nicht, dass uns alles gelingt, sondern dass es irgendwie weitergehe.

Nun liegen die Dinge im Blick auf gesellschaftspolitische Krisen oder Krisendrohungen sicherlich anders als bei den persönlichen Lebenskrisen, mit deren Bewältigung Psychiater professionell befasst sind. Zwar mögen auch da Umgangsweisen wie bei persönlichen Krisen nützlich sein – etwa im Hinblick darauf wie die Einzelnen es schaffen, solche Krisen zu bewältigen, die ihnen ja auch persönlich zusetzen können, sich also von ihnen nicht gleichsam erdrücken zu lassen. Wir können dann als Einzelne über Möglichkeiten des vielleicht angemessenen Umgangs mit nun nochmals veränderten gesellschaftspolitischen Herausforderungen nüchterner nachdenken. Aber Handlungsmöglichkeiten sind im Raum der Politik immer solche des Zusammenhandelns mit anderen, möglichst mit vielen. Denen sind dann durch die von der jeweiligen Krise geschaffenen Veränderungen neue Bedingungen gesetzt, und Möglichkeitsräume im Hinblick auf ein eingreifendes Handeln gegenüber diesen Krisen sind dann nicht nur verändert, sondern ohnehin auf andere Weise begrenzt - nicht nur für jeden Einzelnen. Jedenfalls aber gilt es, sie zunächst einmal zu verstehen – im Wege eben auch einer nüchternen Analyse. Bemüht man sich um die, sind die Empfehlungen des Psychologen also hilfreich, doch man kann sich der Einsicht, dass wir uns in, wieder einmal, zunehmend finstere Zeiten hinein bewegen, schwerlich verschließen.

Man kann sagen, dass die EU - deren Mitgliedsstaaten selbst in etlichen Fällen erleben, dass die Fundamente ihrer repräsentativen Demokratien von rechtspopulistischen Bewegungen in Frage gestellt und von rechtsradikalen Parteien gezielt angegriffen werden – vor nochmals größeren Herausforderungen zur Verteidigung des demokratischen Projekts unserer Moderne stehen. Deren Anfänge liegen bekanntlich in den Ideen und dem Denken der Französischen und europäischen Aufklärung (Blom 2010). Es gilt, sie nun heute gerade als ein in seinem Ausgangspunkt europäisches Projekt zu in Europa zu verteidigen – und dazu auch neu zu denken (Blom, 2023). Unsere Demokratie ist auch durch Putins Angriffskrieg auf die Ukraine und durch große ökonomische Herausforderungen gefährdet. Wie darauf angemessene

Antworten zu finden sind, wirft viele Fragen auf, die in einem einzelnen Essay selbstredend nicht beantwortet werden können. Es geht nicht länger „einfach“ um die Herausforderung einer ökosozialen Transformation angesichts einer tatsächlich immer massiver drohenden Klimakrise, von der niemand wissen kann, wann erste Kippunkte überschritten sein werden. Es wird vielmehr darauf ankommen, sich mit den vorhandenen wirtschaftlichen Potenzialen angesichts einer sich rasch weiter verändernden globalisierten Wirtschaft erfolgreich zu behaupten. Dabei geht es nicht nur um die weiter voranschreitende Digitalisierung und die ambivalenten Potenziale künstlicher Intelligenz. Der Aufstieg Chinas verändert die Wettbewerbsverhältnisse auf den Weltmärkten; und der angekündigte Protektionismus der nächsten US-Amerikanischen Regierung dürfte diese Wettbewerbssituation nochmals grundlegend verändern. Zugleich zeichnet sich ab, dass die alte globale Sicherheitsarchitektur ins Wanken geraten könnte. Insbesondere spricht einiges dafür, dass das nordatlantische Verteidigungsbündnis für die USA an Bedeutung verlieren wird. Im Blick auf die Abwehr des neoimperialistischen russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, der ja zugleich auch auf eine Schwächung der EU abzielt, müssen deren Mitgliedsstaaten deshalb militärisch aufrüsten, um Augenhöhe zu erlangen – gegenüber Russland, aber auch gegenüber den USA als einem nun absehbar anders agierenden Partner.

Dies alles wird viel Geld kosten, und deshalb wird man alte ökonomische Glaubenssätze in Frage stellen müssen. Wer immer noch denkt, dies alles müsse und könne im Rahmen der bislang weitgehend unstrittigen ökonomischen Parameter ermöglicht werden, erfordere dann aber entsprechende Einsparungen an anderer Stelle, also bei den Sozialausgaben, verkennt gleich zweierlei. Zum einen würde selbst eine solche, recht bald sozial umkämpfte, Umverteilung die für die gewaltigen Anstrengungen erforderlichen Mittel kaum herbeischaffen. Zum anderen würde man so das, was man doch verteidigen will, weiter schwächen. Die Unter- und Mittelschichten, auch hier in Europa schon jetzt ihrer früheren Aufstiegshoffnungen und-Versprechen zunehmend beraubt, werden noch anfälliger für rechtspopulistische Verführungen werden. Diese absehbaren Folgen kann man sich anhand der jüngsten Wahlergebnisse und –Analysen in den USA vor Augen führen.

Zugleich entsteht das große Problem, dass auf diesem Wege, nun auch in Europa, bzw, von dort ausgehend, neue Rüstungsspiralen in Bewegung gesetzt werden. Das führt unmittelbar zu der Frage, wie man darüber so etwas wie eine Militarisierung des Denkens verhindern kann – im Rahmen des herrschenden Politikbetriebs selbst, in den öffentlichen Debatten, im Denken der Menschen. Man darf nicht vergessen, dass vergleichbare Entwicklungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf einem an seinem Beginn von Historikern als schlafwandlerisch bezeichneten Weg in zwei Weltkriege und in die bis dahin größte Gefährdung des demokratischen Projekts unserer Moderne durch totalitäre Regime geführt hat.

All dies kann an dieser Stelle eine nur sehr grob umrissene Skizze absehbarer oder denkbarer Entwicklungslinien sein. Für vertiefende Analysen ist hier nicht der Ort. Als Sozialwissenschaftler weiß man jedoch nur allzu gut, dass zu gewissem Grade

vergleichbare Krisen immer wieder auch in wirkliche Katastrophen gemündet sind. Wenn es dann um die Möglichkeiten des Zusammenhandelns – und darüber eines verändernden Gestaltens – geht, stehen die den Einzelnen immer in höchst unterschiedlich zur Verfügung – zum Beispiel in Abhängigkeit von ihrer jeweiligen Stellung in ihrer Gesellschaft, von ihren subjektiven Fähigkeiten und Dispositionen, von ihrem Alter usw. In meinem Fall setzt ein schon deutlich weit fortgeschrittenes Lebensalter spezifische Grenzen. Vor dem Hintergrund des eigenen, mehr oder weniger gut gelebten Lebensentwurfs spreche ich da gerne vom ‚erfolgreichen Scheitern‘. Die Chancen für einen aktiven Part bei politischen Neuaufbrüchen sind begrenzt. Ich habe mich inzwischen eher der literarischen Gestaltung der Herausforderungen der Zeit zugewandt. Selbstverständlich ist auch in diesem Fall die Überlegung wichtig, *dass es irgendwie weitergeht* – und ebenso das Beharren darauf, dass Zukunft immer offen ist, dass, in Arendts Worten, das Wunder der Freiheit im Raum der Politik möglich bleibt. Gleichwohl erlebt man die gegenwärtigen Entwicklungen als einigermaßen belastend – und schreibt dann dagegen an.

4. Stetig neu beginnen – und das Immer am gleichen Ufer

Bleibt die Frage nach einigen schlussfolgernden Überlegungen. Im Rahmen dieses Essays können die nur mehr oder minder philosophisch ausfallen. Nach den großen, geradezu überbordenden Hoffnungen und Erwartungen auf und in eine wirklich tiefgreifende, ja umwälzende Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die uns 68er einmal getragen haben – unterschiedlich lange und unterschiedlich weit – sehen wir uns heute, wieder einmal in der menschlichen Geschichte, in zunehmend finsterner werdenden Zeiten angelangt. Der zeitgenössische Historiker und Philosoph Philipp Blom plädiert mit guten Gründen nachdrücklich dafür, *Aufklärung in Zeiten der Verdunkelung* neu zu denken (Blom 2023). Aber im Blick zurück, sei es auf die Neuzeit - die mit dem Denken der Aufklärer des 18. Jahrhunderts, der ersten industriellen Revolution in England und den politischen Revolutionen gegen die spätabolutistischen Herrschaftsverhältnisse, erst in dessen nordamerikanischer Kolonie, dann in Frankreich, begonnen hat –, sei es im Blick auf die inzwischen acht Jahrzehnte seit dem Ende zweier Weltkriege, oder vielleicht besser eines zweiten dreißigjährigen Krieges, sowie der gegenwärtigen totalitären Herausforderungen unseres demokratischen Projekts der Moderne sieht Blom zugleich viele Gründe für Skepsis. Die verschweigt er nicht und gegen seine Argumentation fallen Einwände denkbar schwer.

So hegt er zum Beispiel begründete Zweifel daran, dass es nach dieser ‚Nacht des zwanzigsten Jahrhunderts‘ realistische alternative Entwicklungspfade in den sogenannten fortgeschrittenen westlichen Ländern hätte geben können. Er schreibt:

Es wäre schwer vorstellbar und wahrscheinlich für alle politischen Ambitionen suizidal gewesen, sich inmitten dieser euphorischen Aufbruchsstimmung dem technologischen Fortschritt zu verweigern. So wurde im Rausch einer Nachkriegszeit, die gerade ungekannte Schrecken hinter sich gelassen und historische Triumphe gefeiert hatte, mit einem ungeheu-

ren Enthusiasmus eine neue, finale Vision der Naturbeherrschung eingeläutet, die ewige Herrschaft der Märkte, des Proletariats, der Freiheit — und auch des Erlösers.

Zu der Aufbruchsstimmung von uns 68ern, also bereits zwei Jahrzehnte später, findet sich bei ihm im Übrigen kein Wort.⁹ Zu analysieren, dass, und inwiefern *die Weltrevolution von 1968 (...)* in eins *ein enormer politischer Erfolg (...)* und *eine enorme politische Niederlage* gewesen ist, ist anderen vorbehalten geblieben.¹⁰ Ich würde hierin Immanuel Wallerstein zustimmen, der im Weiteren dazu geschrieben hat:

Was ist durch dieses wilde Buschfeuer erreicht worden? Eigentlich ganz schön viel. Der gemäßigte Liberalismus wurde von seiner Position als herrschende Ideologie des Weltsystems verdrängt. Er war danach nur noch eine Alternative unter anderen. Und die Bewegungen der alten Linken konnten sich nicht länger als Motor irgendeiner Form von grundlegenden Veränderungen präsentieren. Aber der unmittelbare Triumphalismus der Revolutionäre von 1968, befreit von jeglicher Unterordnung unter den gemäßigten Liberalismus, erwies sich als oberflächlich und unhaltbar.

Wallerstein hat das im Jahr 2010 so formuliert - im Kontext einer knappen Analyse der mit der Weltfinanzkrise von 2008 neu heraufziehenden *Systemkrise*, Er hat damals – gegen jede hegelmарxistische Geschichtsmetaphysik gewandt - zugleich betont, *die Geschichte stehe auf der Seite von niemandem* und wir hätten *bestenfalls (...)* *eine Chance von 50 Prozent, ein besseres Weltsystem zu schaffen, als das, in dem wir heute leben.* Das aber sei nicht wenig und wir müssten versuchen, *sie zu fassen zu bekommen.*

Heute, 14 Jahre später, müsste man dieses knappe Resümee wohl etwas anders akzentuieren: Das Ende der *Bewegungen der alten Linken* und die Befreiung von *jeglicher Unterordnung unter den gemäßigten Liberalismus*, das mag aus der Perspektive derjenigen, die man nach 68 vielleicht dem Dauerhaften Kern einer neuen Linken zurechnen kann, so gelten können. Darüber hinaus kann man sogar sagen, insbesondere aus deutscher Perspektive, dass mit der Bewegung von 1968 die Demokratie hierzulande überhaupt erst wirklich stark verankert worden ist und neue Bewegungen wie die Frauen- und die Ökologiebewegung aus ihr starke Impulse erhalten haben. Doch dann folgt das große Aber: An die Stelle des gemäßigten Liberalismus ist ein radikalisierte, zunehmend ökonomisch verengter Neoliberalismus getreten. Der ist durch die Implosion des vermeintlichen Realsozialismus - sozusagen den folgerichtigen Vollzug des Abgangs der alten Linken – zusätzlich gestärkt worden und hat nach der Weltfinanzkrise von 2008 und dem raschen Ende der welt-

⁹ Blom, geboren 1970 gehört nicht zu dieser Generation. Die *euphorische Aufbruchsstimmung*, die uns damals erfasst hat, und die der für uns damals äußerst wichtige Vordenker Herbert Marcuse so emphatisch nie geteilt hat, erwähnt er vielleicht auch aus diesem Grunde nicht.

¹⁰ Zu meiner rückblickenden Einschätzung der weltweiten Studentenbewegung von 1968 sei nochmals verwiesen auf Martens 2018.

weiten Protestbewegungen 2011 eine teilweise Entfesselung einer globalisierten kapitalistischen, finanzmarktgetriebenen Ökonomie weiter vorangetrieben.

Diese ökonomische Dynamik hat Wallerstein in dem Aufsatz, aus dem ich ihn hier zitiere, ebenfalls höchst zutreffend analysiert. Sie mündet aus seiner Sicht in die Systemkrise, um die es Kern in in seinem Aufsatz geht. Sie resultiert aus seiner Sicht daraus, dass die weiterhin *herrschenden alten Spielregeln die strukturelle Krise nur noch vertiefen*. Die Systemkrise werde so zu einem Feld, zukünftiger Kämpfe zwischen dem *Geist von Davos* und dem *Geist von Porto Alegre*. Auf ihm werde es darum gehen, *ob der freie Wille die Oberhand über den Determinismus gewinnt*. Anders formuliert könnte man auch sagen, es gehe hier darum, ob eine neue vernunftgeleitete und auf die Verwirklichung von mehr Freiheit aller zielende politische Gestaltungskraft die Oberhand gewinnen kann, oder ob sich der weiter *losgelassene Verzehrungsprozess* einer allein ihrer Eigenlogik folgenden, immer weiter entfesselten kapitalistischen Marktökonomie fortsetzen wird. Angesichts einer solchen Alternative aber ist zu konstatieren, dass es bislang nicht gelungen ist, so etwas wie ein Narrativ einer neuen sozialen Bewegung zu entfalten, die dem *Geist von Porto Alegre* den Weg bahnen könnte. Damit aber landet man unausweichlich bei der Skepsis von Blom oder bei dem von mir in der Einleitung zu diesem Essay gezeichneten Szenario – zugleich aber auch bei der Einsicht, dass sich niemand von uns dazu als bloßer Beobachter verhalten kann. Wir stehen also vor der Aufgabe – gerade jetzt, aber zugleich auch so wie schon immer – uns über *unsere eigenen politischen Entscheidungen im Sinne unserer eigenen moralischen Prioritäten* Klarheit zu verschaffen. Für Wallerstein geht es dabei um einen *Kampf gegen drei grundlegende Ungleichheiten in der Welt*, die von *Gender, Klasse und Rasse/Ethnie/Religion*. Dies aber sei die

schwierigste aller Aufgaben, weil niemand von uns schuldlos und rein ist. Und weil die gesamte Weltkultur, die sich uns allen vererbt hat, dem entgegensteht..

Dem kann man zustimmen. Doch muss man mit Blom ergänzen, dass der gerade vor unseren eigenen Augen scheiternde Menschheitstraum der *Unterwerfung* - also der einer Beherrschung der Natur, der wir, als von uns selbst fast gottähnlich gedachte Wesen, gegenüber zu stehen meinen, während wir ihr doch ganz und gar zugehören - die Krisen und Krisendrohungen, mit denen wir es zu tun haben, noch einmal dramatisch verschärft. Und auch das gilt im Besonderen deshalb, weil diese irrige, in ihren Ursprüngen in den großen monotheistischen Religionen wurzelnde Vorstellung in ihren heutigen, säkularisierten Fortschrittsträumen Teil unserer Weltkultur geworden ist.

Die Herausforderungen sind also immens – bereits im Licht solcher grundlegenden Analysen, die schon vor den beunruhigenden Entwicklungen des Jahres 2024 geschrieben worden sind, die sich insbesondere im Verlauf und Ergebnis politischer Wahlen in Europa und schließlich am, 05.11. 2024 in den USA gezeigt haben. Die Gründe für zutiefst skeptische Einschätzungen unserer Lage nehmen mithin zu – und das zwingt einmal mehr zum Nachdenken: Wir Menschensind als Produkt einer seit

Milliarden von Jahren andauernden biologischen Evolution auf diesem Planeten kaum dazu prädestiniert, uns emotional auf solche Krisendrohungen einzustellen. Im Ergebnis unserer sehr kurzen sozialen Evolution ist unsere Empathie auf einen sehr eng bemessenen Nahbereich unseres sozialen Lebens orientiert, und unsere Vernunftbegabung kapituliert allzu leicht vor der ungeheuren Komplexität biologischer und sozialer Netzwerke. Also neigen wir zur Verdrängung unserer letztlich ja selbstgeschaffenen Probleme. Sie sind uns in ihrer Komplexität kaum bewusst, und wir neigen eher zu fatalen Träumereien. Die unter uns, die sich in aufklärerischer Absicht um die Schärfung eines allgemeinen Bewusstseins bemühen, das der Größe der Herausforderungen vielleicht doch gerecht werden könnte, können kaum umhin, als im Blick zurück auf unsere *kleine menschliche Ewigkeit* auf diesem Planeten immer wieder ernüchtert zu sein.

Gleichwohl ist es denen die so nachdenken, für die dabei letzte Sinnfragen unserer menschlichen Existenz wichtig werden, zuletzt unmöglich, sich als bloße Beobachter zutiefst beunruhigender losgelassener Prozesse zu verhalten. Wichtige Denker und Denkerinnen, die uns da Orientierung geben können, haben diese Schlussfolgerung gezogen. mit ihnen, aber immer zugleich auch gegen sie, gilt es heute weiterzudenken.¹¹ ich habe mich darum bemüht, mir in meinem Leben als Sozialwissenschaftler und politisch engagierter Intellektueller auf dieser gedanklichen Linie Hannah Arendts Überlegungen zur Natalität und dem immer wieder neu Beginnen und Albert Camus' Aufforderung, der Gegenwart alles zu geben, zu eigen zu machen. Nun bin ich in meinem fortgeschrittenen Alter allmählich an einem Punkt angelangt, an dem zusammen mit einem entsprechenden Blick nach vorn, zugleich der bilanzierende Blick zurück an Gewicht gewinnt. Das gilt so für meine inzwischen eher philosophischen Essays und mindestens ebenso für mein zunehmend nur noch literarisches Schreiben. Ohne in irgendeiner Weise den Anspruch darauf zu erheben, dass ich bei diesen literarischen Anstrengungen der letzten Jahre besondere schriftstellerische Leistungen vollbracht hätte, möchte ich in diesem, Zusammenhang auf eine Überlegung von Arendt verweisen, die sich in ihrem letzten, erst posthum veröffentlichten und vielleicht philosophischsten Buch *Vom Leben des Geistes* findet.:

„Jede neue Generation, jedes neue Menschenwesen muss, indem ihm bewusst wird, dass es zwischen eine unendliche Vergangenheit und eine unendliche Zukunft gestellt ist, den Pfad des Denkens neu entdecken und ihn mühsam bahnen. Und es ist ja gar nicht unmöglich, und ich halte es für wahrscheinlich, dass das merkwürdige Überleben großer Werke, ihre relative Dauerhaftigkeit über Jahrtausende hinweg, dem zu verdanken ist, dass sie auf dem schmalen, kaum erkennbaren Pfad von Nicht-Zeit gebo-

¹¹ Für mich sind in diesem Zusammenhang besonders wichtig geworden: Der Philosoph der Spätrenaissance Michel de Montaigne sowie der Französischen Aufklärung Denis Diderot, der Hegelschüler Karl Marx und zugleich der von manchen als im Bruch mit der europäischen Aufklärung eingeordnete Friedrich Nietzsche, auf dieser Linie weiterhin Michel Foucault und dann weiter in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts Albert Camus, Hannah Arendt, Hans Magnus Enzensberger, aber auch Helmuth Plessner oder zuletzt Philipp Blom.

ren wurden, den das Denken ihrer Schöpfer zwischen einer unendlichen Vergangenheit und einer unendlichen Zukunft dadurch geschlagen hat, dass es die Vergangenheit und Zukunft als gerichtet, gewissermaßen gezielt auf sie selbst anerkannte – als ihre Vorgänger und Nachfolger, ihre Vergangenheit und ihre Zukunft –, wodurch sie eine Gegenwart für sich selbst schufen, eine Art zeitlose Zeit, in der Menschen zeitlose Werke schaffen können, um mit ihnen ihre eigene Endlichkeit zu transzendieren“

Weiterhin möchte an dieser Stelle, wie ich meine im Einvernehmen mit Arendts Denken, gegen die Abgründigkeit unserer menschlichen Existenz auf die von ihr verschiedentlich verwendete Metapher von der Wüste und den Oasen, die für unser Leben prägend sind, verweisen. In ihr geht es dann auch um Ihre These der Natalität und des immer wieder neu Beginnens. In den Conclusions ihrer Vorlesung über History of Political Theory (Berkley, Frühjahr 1955) schreibt sie:

Letzten Endes ist die Welt immer ein Produkt der Menschen, ein Produkt des Amor mundi des Menschen. Das menschliche Kunstwerk. Wahr ist immer, was Hamlet sagte: ‚The time is out of joint, the cursed spite that I was born to set it right.‘ Die von den Sterblichen zu ihrer potentiellen Unsterblichkeit erbaute Welt ist stets bedroht. – von der Sterblichkeit derjenigen, die sie gebaut haben, und von der Gebürtlichkeit derjenigen, die kommen, um in ihr zu leben. In einem gewissen Sinn ist Welt immer eine Wüste und bedarf derjenigen, die Anfangende sind, um neu begonnen werden zu können.“ Und dann etwas später: „Die Wüste ist der politisch nicht gestaltete Raum; die Oasen (die Welt, in der wir uns in Freiheit bewegen können) dagegen sind als Raum von den Gesetzen geschaffen und werden durch sie geschützt, und dies gilt für den Raum der Innenpolitik ebenso wie für den Raum der Außenpolitik.

Der literarische Philosoph und philosophische Literat Camus formuliert den gleichen Gedanken, sehr konkret im Blick auf das Europa nach dem Ende des zweiten Weltkriegs vielleicht etwas poetischer Mit einiger Emphase schreibt er zu Beginn der 1950er Jahre:

Aber die Jugend der Welt steht immer am gleichen Ufer. in das gemeinsame Europa geworfen, in dem, der Schönheit und Freundschaft beraubt, die stolzeste aller Rassen stirbt, leben wir Mediterranen immer im gleichen Licht. Inmitten der europäischen Nacht erwartet das Sonnendenken, die Kultur mit dem doppelten Gesicht, die Morgendämmerung. Aber sie beleuchtet schon die Wege einer echten Überlegenheit.

Die *stolzeste aller Rassen* ist bei ihm eine Formulierung, die er für das ihm so wichtige philosophische Denken im antiken Griechenland gefunden hat. Sie mag uns heutigen problematisch in den Ohren klingen – nicht zuletzt deshalb weil leider eine zunehmende Zahl von Zeitgenossen wieder anfällig für rassistische Vorurteile werden. Außerdem mag uns der allzu eurozentristische Blick stören. Aber er ist eben noch der Blick seiner Zeit. Nachdenklich machen sollte uns Heutige hingegen eher Camus zuversichtliche Erwartung des Endes der europäischen Nacht angesichts der

Drohungen, die wir heute vor uns sehen. An seine Zuversicht anzuknüpfen fällt nicht immer leicht, bleibt aber alternativlos.

Verwendete und zitierte Literatur:

- Anderson, E. (2019): Private Regierung. Wie Arbeitgeber über unser Leben herrschen (und warum wir nicht darüber reden), Berlin
- Arendt, H. (1974): Über die Revolution, München-Zürich (dt. Erstausgabe 1963)
- (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass, Hg. Von U. Ludz, München-Zürich
- Blom, P. (2010): Böse Philosophen. Ein Salon in Paris und das vergessene Erbe der Aufklärung, München
- (2022): Die Unterwerfung. Anfang und Ende der menschlichen Herrschaft über die Natur, München
 - (2023): Aufklärung in Zeiten der Verdunkelung, Wien
- Boehm, O. (2020): Israel- eine Utopie, Berlin
- (2023), „Niemand hat das Recht auf Terrorismus“, Interview in der SZ, 17.10. 2023
- Busch, V. (2024): Wir sind häufig Opfer unserer überzogenen Befürchtungen, Interview in der FAZ, 08.11. 2024
- Camus, A. (1954):Hochzeit des Lichts, Hamburg-Zürich
- (1957): Heimkehr nach Tipasa. Mittelmeer –Essays. Aus dem Französischen von Monique Lang, Zürich,,
 - (2016): Der Mensch in der Revolte (31. Auflage), Reinbek bei Hambur
- Club of Rome (Meadows, D.L. , Meadows, d., Randers J. (1972): Die Grenzen des Wachstums, Stuttgart
- Dörre, K. (2024): Neu beginnen! Eine Linke des 21. Jahrhunderts gibt es nicht, sie muss noch entstehen, in: spw, Heft 258, Ausgabe 1 – 2024, S.46-51
- Elias, N. (1982): Über die Einsamkeit der Sterbenden, Frankfurt am Main
- (1985): Humana conditio. Beobachtungen zur Entwicklung der Menschheit am 40. Jahrestag eines Kriegsendes (8. Mai 1985); Frankfurt am Main
- Ferber, C. v. (1961): Die Institution der Arbeit in der industriellen Gesellschaft – Versuch einer theoretischen Grundlegung. Habil.-Schrift, (nur teilweise veröffentlicht, Göttingen
- Freeland; C. (2013): Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite; Frankfurt am Main
- IG Metall Vorstand (2013): Ökonomie, Ökologie, Soziales Europa. Kurswechsellkongress Berlin, 5. -7. 12. , Frankfurt am Main
- IPCC-Sonderbericht (2022) Sonderbericht über Klimawandel, Desertifikation, Landdegradierung, nachhaltiges Landmanagement, Ernährungssicherheit und Treibhausgasflüsse in terrestrischen Ökosystemen
- IPCC-Sonderbericht (2022) Sonderbericht über Klimawandel, Desertifikation, Landdegradierung, nachhaltiges Landmanagement, Ernährungssicherheit und Treibhausgasflüsse in terrestrischen Ökosystemen
- Kluge, A. (1984): Die Macht der Gefühle, Frankfurt am Main
- Koeppen, W. (1990): Angst. Aus dem Manuskript eines Romans, in, Gesammelte Werke 3, erzählende Prosa (Erstveröffentlichung 1974)
- Marcuse, H. (1969): Versuch über die Befreiung, Frankfurt am Main
- Martens, H.: (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg
- (2011): Neue Wirtschaftsdemokratie. Übergangsforderungen vor dem Hintergrund der Krise, in: Das Argument, 2981, 2011, S. 211-221
 - (2018)Die antiautoritäre, kulturevolutionäre Bewegung von 1968, die Gewalt des Zusammenhangs und die Erwartung neuer sozialer Bewegung, www.drhelmutmartens.de
- Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (2001) (Hg.): Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit, Frankfurt/New York
- Mertens, K. (2024): Die soziale Frage und die große Transformation. Vortrag bei der DGB-Bundesvorstandsverwaltung am 14. 06. 2024
- Naphtali, F. (1977/28): Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt

- Rancière, J. (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt am Main
- Roth, R. (2012): Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Heft 1/2012, S. 21-31
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Reitzig, J.; Peter, G.; Wolf, F.O. (2006): Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft, Münster
- Scholz, D. (2024) Zuspitzung wirtschaftsdemokratischer Theorie Naphtali. Stichpunkte für das Online-Treffen des Ak Arbeit und Demokratie am 16. 07. 2024, Manuskript
- Streeck, W. (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012, Berlin
- Tullius, K.; Wolf, H.; Vogel, B. (2023): Verblühende Landschaften? Automobile Mentalitäten in der Vielfachtransformation, in: Mittelweg, Heft 2/2023, S. 15-42:
- Vester, M. (1970): Die Entstehung des Proletariats als Lernprozess. Die Entstehung antikapitalistischer Theorie und Praxis in England 1792 bis 1448, Frankfurt am Main
- (2018): Klasse, Klassenfraktionen und Milieus: Von Marx bis Bourdieu, (Manuskript)
- Wallerstein, I. (2010): Krise des kapitalistischen Systems – und was jetzt? in: Wallerstein, I.); Müller, H. (Systemkrise und was jetzt, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2010, 1-16
- Wolf, F.O.; Paust-Lassen P. (2011): Ökologie der Menschheit . Strategien der nachhaltigen Entwicklung als Transformationsaufgabe, hgg. vom Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin
- Wolf, H. (2024): Arbeitnehmerbewusstsein in Zeiten der Transformation. Kritik und Anpassung. Vortrag bei der DGB-Bundesvorstandsverwaltung am 14. 06. 2024

Streck, W. (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012,